

9. März 1930  
Innensaal  
abend  
Kamerfängerin  
a Diestel  
uttgart

Meta Diestel  
haus statt  
en Hof").  
5% Rabatt  
Kaffee  
frisch gebrannt  
Calw  
20

beschädigten  
er und Krieger-  
Anleitung Calw  
um 2 Uhr nachm.  
Calw unsere  
ammlung  
ieder herzlich einge-  
er ersten Zeit, in der  
einzelnen, der Ver-  
die staatlichen und  
eingeladen.  
er und heute  
April in Reutlingen,  
Mad.  
Schiffes: Kappold.

es billig  
eute eintreffend  
ekt von der See  
Freischer  
Rabliau  
ganzen Fisch  
p. 28 Pf.  
abliau-Fleil  
hühnerfertig  
ubereitet  
p. 45 Pf.

schellische  
Merlans  
Stockfische  
fischgeräucherte  
Bücklinge  
Süße  
Orangen  
p. 60 Pf.  
Goldgelbe  
Bananen  
p. 50 Pf.  
solange Vorrat  
und  
% Rabatt  
annkuch

Ercheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage  
Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige  
Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag  
Für Plakatschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden  
Geriichtsstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld  
Schluß der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags  
In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises  
Fernsprecher Nr. 9  
Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

# Die Grundzüge des Agrarzollprogramms

## Die Zolländerungsanträge der Regierungsparteien

**U. Berlin, 20. März.** Nachdem am Mittwoch auch in der Zuckerfrage eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande gekommen ist, sind nunmehr die von den Regierungsparteien vereinbarten Zolländerungen als Initiativanträge dem Reichstag zugegangen. Es handelt sich um fünf Gesetzesentwürfe, nämlich um die Zolländerungen bei Weizen und Hafer, um die Zolländerungen bei Mais, Kartoffeln, Mehl und Kleie, um die Zolländerung bei Getreide, um die Zolländerung bei Zucker und um die Änderung des Maisgesetzes.

Die beiden Gesetzesentwürfe, die die Zolländerungen bei Weizen, Hafer, Mais, Kartoffeln, Mehl und Kleie enthalten, sind von sämtlichen Regierungsparteien unterzeichnet. Der Gesetzesentwurf über die Zolländerungen bei Getreide trägt nur die Unterschrift der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, während von der DDP nur vier und von den Demokraten nur drei Abgeordnete mitunterschieden haben. Der Gesetzesentwurf über die Zolländerung bei Zucker haben alle Regierungsparteien mit Ausnahme der DDP unterzeichnet; das Maisgesetz nur Sozialdemokraten, Zentrum und Bayerische VP. Hier fehlen also auch die Unterschriften der Demokraten.

Minister Dietrich über die Agrarzölle.

In einer Preisbesprechung gab Reichsernährungsminister Dietrich genaueren Aufschluß über die neuen beabsichtigten Zollerhöhungen. Die ganze Aktion hat den Zweck, dem Roggenpreis eine Stütze zu verleihen, nachdem die bisherigen Maßnahmen sich als nicht durchgreifend erwiesen haben. Jetzt denkt man in der Hauptsache daran, durch Nationalisierung des Weizens einen vermehrten Konsum des Roggens zur menschlichen Ernährung und durch Erhöhung der Futtermittelpreise eine vermehrte Roggenverfütterung zu erzwingen. Zu diesem Zweck soll zunächst der Weizen Zoll auf 12 Mark je 100 Alio erhöht werden. Bei Futtermitteln soll der Getreidezoll auf 10 Mark erhöht werden, während der Mais, dessen Einfuhrzoll durch Handelsvertrag mit Süd-

slawien gesetzlich gebunden ist, der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführt werden soll. Hierbei soll der Handel in weitestgehendem Maße in die Bewirtschaftung einbezogen werden. Für Schweinezüchter, welche etwa 33% Prozent ihres Futterbedarfes durch Vergällen des Roggens decken, soll eine wesentliche Ermäßigung des Futtergetreidezolls durchgeführt werden. Gleichzeitig findet eine Erhöhung des Weizenmehlzolles statt auf das anderthalbfache des Weizenzolles zuzüglich einer Schutzspanne in Höhe von 5,25 Mark. Endlich soll die Roggenkleie, die bisher zollfrei eingeführt werden konnte, einen Schutz Zoll in Höhe des Roggenzolles, also von 4,50 Mark je 100 Kilogramm, erhalten.

Bei dieser Gelegenheit wird gleichzeitig eine Erhöhung der Zuckersölle stattfinden. Diese waren bisher auf 26 Mark je Doppelzentner festgesetzt unter gleichzeitiger Bindung des Inlandszuckerpreises auf einer Höhe von 21 Mark bis 23,50 Mark. Nachdem aber in der Zwischenzeit die Weltmarktpreise des Zuckers einen katastrophalen Sturz erlitten haben, hat der Schutz Zoll für Zucker eine Höhe von 32 Mark je 100 Kilo erhalten. Dabei soll aber gleichzeitig der Höchstpreis des Zuckers um 50 Pfennig, also auf 20,50 bis 24,85 Mark, ermäßigt werden. Endlich denkt man an die Einführung eines Prohibitivzolles für Malta kartoffeln in Höhe von 20 Mark, das heißt eine Verküpfung des letzten Zolles.

Alle diese Anträge gehen in Form von Initiativanträgen dem Reichstag zur beschleunigten Beschlussfassung zu. Es ist damit zu rechnen, daß sie bereits in der nächsten Woche ihre Erledigung finden. Ueber das Inkrafttreten der Zölle scheint man sich noch nicht einig zu sein. Fest steht aber, daß alle diese Gesetze, die den Charakter von Ermächtigungsgesetzen der Reichsregierung haben, nur für das laufende Jahr ihre Geltung behalten. Immer wieder muß betont werden, daß der Zweck aller dieser Gesetze ist, den Weltzuckerbau weiter auszudehnen, während der Roggenbau nach Möglichkeit eine Einschränkung erfahren sollte.

# Die Steuervorlagen im Reichstag

## Die Parteien haben das Wort

**U. Berlin, 20. März.** Der Reichstag begann am Mittwoch, nachdem er den öffentlichen Anschlag der Kundgebung Hindenburgs beschloffen hatte, die erste Beratung der Steuervorlagen, nämlich der Gesetzesentwürfe über die Erhebung der Aufbringungsvorlage für 1930 über den Benzin- und Benzolzoll, über die Vorverlegung der Steuertermine bei Bier- und Zuckersteuer, über die Erhöhung der Biersteuer und über die Einführung einer Mineralwassersteuer. Abg. Dr. Rademacher (Dn.) erinnerte an die im Dezember angekindigten Steuererleichterungen in Höhe von 915 Millionen RM. Nichts sei von dieser Entlastung eingetreten. Vielmehr werde der deutschen Wirtschaft eine Neubelastung von 405 Millionen zugemutet. Seit dem Dezember betrage die absolute Neubelastung der Steuerträger sogar 925 Millionen. Auch für 1931 werde sich nicht die Möglichkeit einer erheblichen Steuererleichterung ergeben.

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer erklärte, er wolle heute nur auf die grundsätzlichen Fragen eingehen, wie sich die jetzigen Vorlagen mit den Versprechungen aus dem vorigen Jahre vereinbaren ließen. „Ich habe“, so betonte er, „in voller Offenheit die finanzielle Lage dargestellt und keine unerfüllbaren Versprechungen gemacht. Ich habe gleich die erste Gelegenheit benützt, um auf die Veränderungen in der Kassensituation hinzuweisen, daß nämlich die Ausgaben besonders für die Arbeitslosenversicherung über die ursprünglichen Schätzungen hinausgingen. Ich habe nach der Möglichkeit von Ersparnissen zu suchen und mich dabei gegen Ausgabenforderungen aller Parteien zu wehren. Man kann natürlich nicht einseitig auf die Arbeitslosenversicherung verweisen; denn keiner wird es für möglich halten, die Leistungen dieser Versicherung mit einem Schläge um 300 oder 400 Millionen zu senken. Ein anderer denkbarer Weg wäre der einer entsprechenden Kürzung der Beamtenegehälter, ein Vorschlag, gegen den ich mich mit größter Entschiedenheit aus staatspolitischen Gründen weende.

Wenn Sie allerdings die Steuern nicht bewilligen wollen, dann müssen entweder die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung gesenkt oder die Beamtenegehälter gekürzt werden.

Daneben ist eine systematische Ausgabenreduzierung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens notwendig. Im Austrage des Kabinetts bin ich zusammen mit dem

Reichsfinanzminister damit beschäftigt, ein Ausgabenreduzierungsprogramm für Reich, Länder und Gemeinden auszuarbeiten. (Zurufe rechts.) Wenn die Vorlage da ist, werde ich die Kritiker beim Wort nehmen. Ich hoffe, daß dann nicht jeder Vorschlag auf Zusammenlegung von Finanzämtern im Reichstag mit dem Protestruf beantwortet wird: Das ist für meine Stadt unerträglich! Der Reichstag wird morgen das Gesetz über den Finanzausgleich verabschieden. Er wird noch in dieser Woche das Gesetz zur Vorbereitung der Reichsfinanzreform behandeln, das die Steuererleichterungsvorschläge enthält. Unmittelbar darauf wird er in die Beratung des Einkommensteuergesetzes eintreten. Es ist uns durchaus ernst damit, über die Sanierung der Kasse zur Entlastung der Wirtschaft zu kommen. Die letzten Beschlüsse zugunsten der Landwirtschaft zeigen gleichfalls den ernstlichen Willen der Regierung. Es ist sehr leicht, Forderungen aufzustellen und dann diejenigen anzugreifen, die den ganzen Kampf für sie führen und sie schließlich durchsetzen. Ich lehne eine Politik, die sich in Kritik und Pessimismus erschöpft, ab. Ich bitte, die Steuervorlagen schnellstens zu verabschieden, um der Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft den Weg zu ebnen.

Abg. Colloffer (Wirt. P.) bezeichnete die Steuervorlagen als das Ende eines Trümerspiels. Abg. Keil (Soz.) erklärte, Steuererleichterung sei erst möglich nach erfolgter Sanierung der Reichskasse. Der Vorschlag, das Kassendefizit durch einen einmaligen Zuschlag zur Einkommensteuer zu beseitigen, sei leider an dem Widerstand der übrigen Parteien gescheitert. Nach den vielfachen Erfahrungen der letzten Jahre müsse man davon abraten, sich heute schon auf Steuererleichterungspläne festzusetzen. Ein Abbau der sozialen Leistungen sei aus allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten abzulehnen. Abg. Dr. Föhr-Baden (Ztr.) wies darauf hin, daß gerade das Zentrum die Finanzsanierung mit größtem Nachdruck verlangt habe. Das Zentrum wünsche, daß diese Sanierung mit parlamentarischen Mitteln erfolge. Abg. Dr. Cremer (DDP) bezeichnete es als unmöglich, zu den Vorlagen Stellung zu nehmen, ehe nicht das Gesamtprogramm des Kabinetts dem Reichstag vorlege. Eine Entscheidung über die Steuererleichterungen könne nur unter zwei großen Gesichtspunkten gefällt werden, daß nämlich an der Spitze eines jeden Finanzprogramms eine durchgreifende Senkung der Ausgaben stehen müsse, wozu auch die Reform der Arbeitslosenversicherung gehöre. Bei den Steuererleichterungen müßten die Realsteuern an erster Stelle stehen. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) betonte, daß Steuererleichterung und Kassensanierung in gleicher Weise im Interesse des Staates

# Tages-Spiegel

Die Regierungsparteien haben sich gestern über die Initiativanträge zu den Agrarzolländerungen geeinigt und sie dem Reichstag zugeleitet.

Im Reichstag sprachen sich die Vertreter der Parteien über die Steuervorlagen der Reichsregierung aus, nachdem Reichsfinanzminister Molkenhauer nochmals dazu Stellung genommen hatte.

Der Reichstag hat die Steuervorlagen dem Steuerausschuß zur weiteren Beratung überwiesen und sich dann wegen des Parteitag der Deutschen Volkspartei bis zum Montag nächster Woche vertagt.

Der Antrag der Regierungsparteien, die Rundgebung des Reichspräsidenten über die Saarer Beschlüsse öffentlich anzuschlagen, wurde mit 218 gegen 190 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen.

Reichsinnenminister Seevering hat die thüringische Regierung benachrichtigt, daß ihr die Reichsüberweisungen aus BKA und die Zuschüsse für Polizeizwecke vorläufig entzogen würden.

Während der Papst gestern in Rom eine Eshnemeffe für die Christenverfolgungen in Rußland gelebrierte, fanden in der ganzen Sowjetunion Protestkundgebungen gegen den Vatikan statt. In Berlin wurden katholische Gottesdienste durch Kommunisten gestört.

Der neue Riesendampfer „Europa“ ist am Mittwoch mittag zu seiner Jungfernfahrt nach Newyork ausgelaufen.

und der Wirtschaft liegen. Seine Partei sei bereit, die Sanierung der Kasse als vordringlich anzuerkennen, verlange aber mit Entschiedenheit, daß gleichzeitig steuerliche Entlastungen beschlossen würden. Insbesondere bestche sie auf der sofortigen Aufhebung der Kapitalertragssteuer und auf der Senkung der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer und der Kapitalverkehrssteuer. Abg. v. Sybel (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) erklärte, an dem guten Willen des Finanzministers sei nicht zu zweifeln. Ernste Zweifel aber müsse man haben, ob er sein Programm durchsetzen könne. Abg. Forstner (Wayer. Sp.) äußerte starke Bedenken, daß das Kernstück der Finanzreform die Erhöhung der Biersteuer sein solle, die aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit wie aus sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen bekämpft werden müsse.

Die Vorlagen wurden dann dem Steuerausschuß überwiesen.

# Wiederaufnahme der Saarverhandlungen

**U. Paris, 20. März.** Von der deutschen Saarbörderung in Paris wurde am Mittwoch folgende Verlautbarung bekanntgegeben: „Nachdem der französische Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung den Minister für öffentliche Arbeiten, Fernot, in seiner Eigenschaft als Präsident der französischen Delegation für die deutsch-französischen Saarverhandlungen wieder beauftragt hat, haben heute die Verhandlungen wieder begonnen, indem der Minister Fernot in Abwesenheit des Staatssekretärs v. Stimson Geheimrat Friedberg zu einer längeren Besprechung empfangen hat.“

# Lord Balfour †

**U. London, 20. März.** Lord Balfour, einer der letzten großen Staatsmänner aus der Zeit der Königin Victoria ist Mittwoch morgen im Alter von 81 Jahren auf seinem Land- sitz gestorben.

# Wiederausbruch des Bürgerkrieges in China

**U. Schanghai, 20. März.** Wie aus Peking gemeldet wird, hat General Jenschang am Mittwoch in Peking eine neue Zentralregierung gebildet. Der Gegenregierung gehören u. a. auch die Generale Feng und Wuyei an. Die neue Regierung wird ihren Sitz in Peking nehmen.

Jenschang wurde zum Oberkommandierenden der Truppen der Nordprovinzen gewählt. In einer Erklärung werfen die Generale Tschiangkaihsch vor, er habe auf ungesetzlichem Wege die Macht ergriffen und durch seine Maßnahmen die ungeheure Hungersnot verschuldet, von der China heimgesucht wird. Die Erklärung schließt mit dem Hinweis, daß kein Chinese die Missetaten Tschiangkaihschs verzeihen könne. Ich anfallsch werde deshalb außerhalb des Gesetzes stehend erklärt; jeder Bürger habe das Recht, ihn zu töten. In der Provinz Kwangsi haben die Truppen der Nordprovinzen das Gebiet von Guan nach schweren Kämpfen besetzt.





